

zähflüssig“) segneten die Tarifpartner das Sparwerk ein.

Zu der Tatsache, daß die Unternehmer den Sondervertrag im kommenden Herbst nicht gegen neue Lohnforderungen der Gewerkschaften aufrechnen können, mochte sich van Hüllen nicht bekennen. Er ließ nach Vertragsabschluß eine schriftliche Erklärung verteilen, daß „wir diese zusätzlichen Belastungen bei allen Tarifverhandlungen wieder ins Spiel bringen werden“. IG-Metall-Sprecher Thönnessen: „Im Herbst geht es frisch weiter.“

MINISTER

NIEDERSACHSEN

Kann nicht wahr sein

Jeder dritte Niedersachse, so ermittelten die Meinungsbefrager, weiß, wer Richard Lehnert ist. Bald werden sie es nicht mehr wissen. Bei der Landtagswahl am 14. Juni (SPD-Slogan: „Keine halben Sachen mehr“) ist der populäre Genosse, Niedersach-



SPD-Innenminister Lehnert
„Geht gern baden“

sens Innenminister, auf keinem Stimmzettel verzeichnet.

Sechs Jahre lang stiefelte der Zweizentner-Mann dem höchsten Niedersachsen-Amt entgegen. Vorletztes Wochenende, im verflixten siebten Jahr, stand endgültig fest, daß es für ihn nicht einmal mehr für einen Sitz auf der Hinterbank reicht. Lehnert: „Ich verstehe die Partei nicht mehr.“

Als Landtagspräsident hatte der gelernte Maschinenbauer von 1963 an eine so gute Figur gemacht, daß er es 1967 wagen konnte, gegen seinen damals noch allmächtigen SPD-Landeschef Egon Franke zu kandidieren, der gern niedersächsischer Innenminister werden wollte. Lehnert siegte.

Lehnert, so lobte daraufhin der niedersächsische DGB sein ausscheidendes Vorstandsmitglied, „ähnelte stark seinem Vorbild Hinrich Wilhelm

Kopf, dem allseits beliebten früheren Landesvater“. DGB-Landeschef und SPD-Kollege Helmut Greulich noch heute: „Richard sollte Ministerpräsident werden.“

Und wie der Lebenskünstler Kopf brauchte sich auch Lehnert um die erforderliche Publicity nicht zu sorgen: Er war stets zur Stelle, wo gekgelt, gekickt und Korn gekippt wurde, und die „Hannoversche Presse“ nahm ihn bald in ihre Rubrik „Ein Tag mit einem Prominenten“ auf — Überschrift: „Lehnert geht gern baden.“

Ende April ging der joviale Allersweltskerl zum erstenmal ungerne baden — politisch. In seinem angestammten Wahlkreis Hannover-Linden, wo er bei den vorigen Landtagswahlen mit 61,8 Prozent das zweitbeste SPD-Ergebnis im Lande erzielt hatte, unterlag Lehnert, 52, bei der Kandidatenaufstellung für das neue Parlament. Statt den Innenminister kürten die Lindener Genossen mit 18 gegen 15 Stimmen den Betriebsratsvorsitzenden der Hannoverschen Vereinigten Leichtmetall-Werke, Bruno Orzykowski, 46.

Lehnert selber war erst ratlos: „Das kann doch wohl nicht wahr sein“, dann resigniert: „Nun will ich überhaupt nicht mehr.“ Schließlich beschloß er, wenigstens um einen Platz auf der Landesliste zu kämpfen. Es half nichts: Anders als bisher üblich, weigerte sich die SPD-Landesdelegiertenkonferenz am vorletzten Sonnabend, die antretenden sozialdemokratischen Minister an der Spitze der Landesliste aufzuführen.

Lehnert klagte: „Ich betrachte das als Diskriminierung.“ In der Partei betrachtete man es anders. „Der Richard hat sich eben zu sicher gefühlt“, fand ein führender Genosse.

Tatsächlich war Lehnert als Innenminister längst in das Schußfeld auch seiner Freunde geraten, die ihm mal vorwarfen, er habe die Polizei (bei der Rote-Punkte-Aktion) zu hart, mal, er habe sie (bei NPD-Kundgebungen) zu weich auftreten lassen. Überdies wurde ihm vorgehalten, er habe als verantwortlicher Minister für die Gebietsreform in jedem Kreis andere Versprechungen gemacht. Lehnert: „Wäre ich man damals Landtagspräsident geblieben.“

Freude über den Fall empfand lediglich die niedersächsische CDU, die sich zu dem Kommentar verstieg, es spreche „Bände für den Zustand der SPD, daß ein Minister, zu dessen wesentlichsten Pflichten die Wahrung der Verfassung gehört, einem Kandidaten unterlegen ist, der jahrelang im Kampf gegen diese Verfassung gestanden hat“.

Wahr ist: Lehnert-Bezwinger Orzykowski, Landarbeitersohn aus dem ostpreussischen Norkitten, als Unteroffizier in Rußland verwundet und mit dem EK II ausgezeichnet, war nach dem Krieg („Ich war immer demokratischer Sozialist“) KPD-Mitglied und trat erst 1964 der SPD bei. Vor dem KPD-Verbot verbüßte er 1955 als verantwortlicher Redakteur des KP-Blattes „Wahrheit“ ein Jahr und sechs Monate in politischer Haft. Die ge-

werkschaftlichen Vertrauensleute der Leichtmetall dazu heute: „Wer unseren Kollegen Orzykowski angreift, greift uns an.“

Und Lehnert, der zunächst den „hinreichenden Verdacht“ kolportiert hatte, Orzykowski habe sogar „nach seinem SPD-Eintritt noch der illegalen KPD angehört“, mußte den Beweis dafür schließlich schuldig bleiben. Damit war sein Ende besiegelt.

Lehnert tröstet sich heute so: „Man kann doch Politik auch machen, ohne im Landtag zu sein. Ich werde die schweigende Mehrheit der Partei im Lande aktivieren.“

BADEN-WÜRTTEMBERG

Einig im Nichtstun

Dem leidigen Handel um Ministeressel, so beschlossen am 11. November 1963 Baden-Württembergs Parteien im Stuttgarter Landtag, solle in Zukunft ein Ende gesetzt werden. In die Landesverfassung des Südweststaates schrieben sie die Selbstver-



SPD-Innenminister Krause
„No net hudle“

pflichtung: „Die Zahl der Minister und die Geschäftsbereiche der Ministerien werden durch Gesetz bestimmt.“

Doch nun, im siebzehnten Jahr danach, möchten sich dieselben Parteien in anderer Verfassung wissen: Weil sie das Gesetz noch immer nicht zustande gebracht haben, soll der ganze Verfassungsauftrag fallen.

Baden-Württembergs FDP-Fraktionsvorsitzender Johann Peter Brandenburg findet es auf einmal „unrealistisch“, ohne Rücksicht auf wechselnde Koalitions-Erfordernisse die Ministerzahl kraft Gesetzes allein nach sachlichen Gesichtspunkten festzusetzen. Und auch die schwarz-roten Regierenden im Ländle sehen für dieses FDP-Petition plötzlich „beachtliche Gründe“ (SPD-Innenminister Walter Krause).

Beachtlichere Gründe freilich hatten damals die Baden-Württemberger für